



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Anstellung ausländischer Beiräte und Beamter und Fragen finanzieller
Natur.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 8./21. Januar 1910. — Nr. 38.

Der deutsche Botschafter hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, die deutsche Gesandtschaft in Teheran habe erfahren, Rußland und England hätten verabredet, außer russischen und englischen nur französische Untertanen als Beiräte in persischen Diensten zuzulassen. Graf Pourtales ist beauftragt zu erklären, daß die deutsche Regierung durchaus bereit ist, die Vorzugsstellung Rußlands und Englands in Persien anzuerkennen, daß es aber andererseits darauf bestehen müsse, daß den Untertanen einer dritten Macht deutschen Untertanen gegenüber keine privilegierte Stellung eingeräumt werden könne. Ich habe geantwortet, daß ich die nötigen Erkundigungen einziehen und dem Botschafter eine genaue Antwort geben werde. Ich halte es für nötig, ehe ich diese Frage mit Pourtales weiter erörtere, mit dem Londoner Kabinett, an welches wahrscheinlich eine ähnliche Anfrage gerichtet worden ist, ein genaues Einvernehmen zu erzielen, und bitte Sie, Grey zu fragen, welche Antwort wir der deutschen Regierung geben sollten. Unsererseits halten wir es für nötig, folgendes zu antworten: „Die deutsche Anfrage ist wahrscheinlich dadurch hervorgerufen, daß die persische Regierung die Absicht hat, einige Franzosen als Gehilfen Vizots anzustellen. Diese Frage ist noch im Januar vorigen Jahres angeregt worden, als die persische Regierung, ohne Rußland und England zu befragen, sich direkt an die französische Regierung mit der Bitte wandte, Franzosen als Gehilfen des genannten finanziellen Beirates nach Persien einzuladen. Auf Anfrage der französischen Regierung haben Rußland und England geantwortet, sie haben gegen diese Bitte der persischen Regierung nichts einzuwenden, da es ganz natürlich sei, daß Vizot sich Landsleute auswählt. Augenblicklich handelt es sich wahrscheinlich um dieselbe Maßregel. Es handelt sich jetzt nicht um die Anstellung irgendwelcher anderer Ausländer und von einem zwischen Rußland und England getroffenen Abkommen, auf welches Graf Pourtales hinwies, nur Franzosen als Beiräte anzustellen, ist nicht die Rede gewesen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die politische Vorzugsstellung Rußlands und Eng-

lands in Persien von der deutschen Regierung anerkannt wird, und können nur erklären, daß im Falle der Anstellung von Ausländern in Persien, außer Russen und Engländern, wir nicht die Absicht haben, den Untertanen einer dritten Macht irgendwelche Vorrechte einzuräumen. Da man jedoch in Betracht ziehen muß, daß die Anstellung von Beiräten eine politische Frage ist, weil sie sich auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und da zudem Rußland und England die einzigen und sehr bedeutenden Gläubiger dieses Landes sind, so haben diese beiden Staaten das unbedingte Recht zu verlangen, daß die persische Regierung ausländische Beiräte nur nach vorheriger Vereinbarung mit Rußland und England anstellt.“ Benachrichtigen Sie mich bitte von der Antwort Greys.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Januar 1910. — Nr. 6.

Ihr Telegramm Nr. 38 erhalten. In Beantwortung meiner Mitteilung übergibt mir Grey folgendes Memorandum: Es ist richtig, daß die Bitte, Beiräte zu bezeichnen, im Januar 1909 von der persischen Regierung direkt an die französische Regierung gerichtet worden ist, und daß unsere beiden Regierungen sich darauf beschränkt haben, letztere zu benachrichtigen, daß sie keine Einwände erheben. Es wäre hingegen schwierig zu behaupten, wie es im russischen Projekt gesagt ist, daß die Frage der Ernennung anderer Ausländer nicht aufgeworfen worden ist, denn eine der Bedingungen der 10-Millionen-Franken-Anleihe bestimmt, daß die persische Regierung unverzüglich die französische Regierung bitten müsse, sieben weitere Beamte zu ernennen.

Die deutsche Regierung würde diese Ernennungen ohne Zweifel erfahren, ebenso den Druck, der bei dieser Gelegenheit von den beiden Regierungen ausgeübt worden ist, und Deutschland würde auf diese Weise Grund haben, sich zu beklagen, daß die ihm gegebenen Versicherungen nicht eingehalten worden sind. Grey unterbreitet folglich Guerer Excellenz folgendes Antwortprojekt: „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung

Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung bei ihrer Anfrage die Ernennung eines französischen Generalschatzmeisters und eines Finanzinspektors im Jahre 1909 im Auge hatte. Die russische Regierung möchte bemerken, daß diese Ernennungen durch die persische Regierung auf Empfehlung von Bizot, dem finanziellen Beirat, erfolgt und von russischer und englischer Seite bloß bestätigt worden sind. Es ist natürlich, daß Bizot französische Mitarbeiter vorzieht, aber es besteht kein Einvernehmen zwischen Rußland und England bezüglich einer Einschränkung der Ernennung von ausländischen Beiräten, wenn diese weder Russen noch Engländer sind. Das Recht der persischen Regierung, die ihm genehmen Persönlichkeiten zu Ämtern in seiner eignen Administration zu ernennen, ist unleugbar, aber Rußland und England als Nachbarstaaten Persiens und als seine Gläubiger haben spezielle Interessen, die ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihnen zuerst unterbreitet würden." Grey sagt, er habe noch keine analoge Anfrage von seiten der deutschen Regierung erhalten; wenn eine solche stattfindet, so werde er im obigen Sinne antworten, falls dies Ihre Zustimmung findet.

Telegramm des russischen Außenministers *Szwolsky* an den russischen Botschafter in London *Benckendorff* vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 98.

Ihr Telegramm Nr. 6 erhalten. Nr. 1. Das Greysche Projekt erwähnt nicht den sehr wichtigen Punkt des politischen Charakters der ausländischen Beiräte. Wir messen diesem Punkte deshalb so große Bedeutung bei, weil die deutsche Regierung uns formell erklärt hatte, daß es in Persien nur ökonomische und nicht politische Ziele verfolge. Außerdem hebt dieses Projekt nicht genügend den Unterschied hervor, der zwischen Beamten an der Spitze von verschiedenen Ressorts — dies meint augenscheinlich der deutsche Ausdruck „Beirat“ — und den sieben Franzosen besteht, die man als Gehilfen Bizots anzustellen beabsichtigt. Wir haben folglich einige Änderungen in dem von Grey vorgeschlagenen Texte vorgenommen. Sie erhalten unser Konterprojekt unter Nr. 2.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 99.

Nr. 2. „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung die beabsichtigte Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Vizots im Auge hat. Es ist zu beachten, daß im Januar 1909 die persische Regierung auf Anraten Vizots sich direkt an die französische Regierung gewandt hat, um die Ernennung von zwei Franzosen als Gehilfen des finanziellen Beirates zu erbitten, und daß Rußland und England, von Frankreich befragt, ihre Zustimmung gegeben haben, da es natürlich sei, daß Vizot Landsleute als seine Gehilfen vorziehe. Augenblicklich handelt es sich nur darum, die Zahl der Gehilfen des finanziellen Beirates auf sieben zu erhöhen. Was die Frage anbelangt, andere Ausländer als Beiräte in den verschiedenen persischen Administrationen anzustellen, so ist diese Frage noch nicht aufgeworfen worden. Auf alle Fälle ist es noch zu keinem Einvernehmen zwischen Rußland und England gekommen, welches die Ernennung von Ausländern beschränkt, wenn es sich weder um Russen noch um Engländer handelt. Das Recht der persischen Regierung, sich selbst die anzustellenden Persönlichkeiten auszuwählen, ist unbestreitbar, aber man muß in Betracht ziehen, daß die Frage der Beiräte eine durchaus politische ist, da sie sich direkt auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und daß Rußland und England als Nachbarstaaten und Hauptgläubiger spezielle Interessen besitzen, welche ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihrer Zustimmung unterbreitet werden.“

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 20. Januar/2. Februar 1910.

In Abwesenheit Greys habe ich ihm ein Memorandum zugestellt, welches die Antwort enthält, welche Sie gemäß Ihrem Telegramm Nr. 98 dem Grafen Pourtales zu geben gedenken. Sir Charles Hardinge war überdies vom deutschen Schritt ziem-

lich betroffen und hat mir später gesagt, daß ihm persönlich die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort durchaus zweckmäßig erscheint.

Als ich Grey sah, wiederholte er mir ungefähr dasselbe, fügte jedoch hinzu, daß, wenn die Erklärung des Grafen Portalès insofern mit Befriedigung aufgenommen werden könne, als sie die speziellen Interessen Rußlands und Englands in Persien anerkenne, die Frage jedoch andererseits auf ein äußerst schwieriges Terrain versetzt werde, und daß eine Argumentation schwierig würde. Er meint, die Worte des deutschen Botschafters bedeuten im Grunde genommen: „Wir erkennen den Russen und den Engländern eine privilegierte Stellung zu, handelt es sich aber um andere Nationalitäten, so müssen alle auf gleiche Weise behandelt werden.“ Dies Prinzip, sagt Sir Edward, ist leicht zu verteidigen, weil es nicht unberechtigt ist, und es ist schwer anzugreifen, obwohl die Verhandlungen, die sich auf die Anleihe und selbst auf den Vorschuß von 400 000 Pfund beziehen, uns beweisen, daß wir dies Prinzip nicht aufrechterhalten können.

Er überreichte mir gleichzeitig einen Gegenvorschlag und bemerkte, es scheine ihm sicherer, nicht behaupten zu wollen, daß die Frage der Ernennung von neuen ausländischen Angestellten noch nicht aufgeworfen worden wäre.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 25. Februar/10. März 1910. — Nr. 171.

Aus beiliegender Kopie eines Telegrammes unseres Gesandten in Teheran ersehen Sie, daß die Berufung von sieben Franzosen in das persische Finanzministerium den deutschen Gesandten in Teheran beunruhigt, welcher einen derartigen Schritt der persischen Regierung als mit den deutschen Interessen unvereinbar betrachtet. Aus einer anderen, sehr geheimen Quelle ist mir bekannt, daß Graf Quadt in dieser Ernennung eine direkte Bedrohung des Grundsatzes der offenen Tür zugunsten Deutschlands und anderer mit Persien Handel treibender Nationen erblickt, und daß er außerdem auch einige andere Bedingungen, die wir und England der persischen Re-

gierung anlässlich des Vorschusses von 10 Millionen Franken gestellt haben, als eine Verletzung der Unabhängigkeit Persiens betrachtet, ohne irgendwelche Kompensation zugunsten Deutschlands zu bieten. Er hat deshalb dem Berliner Kabinett geraten, von uns und England zu verlangen, daß die von uns gestellten Bedingungen einer Kontrolle der persischen Finanzen beseitigt und der Inhalt aller übrigen Bedingungen mitgeteilt wird. Ich muß hierzu bemerken, daß, seitdem wir dem Grafen Pourtales die gemäß meinem Telegramm Nr. 99 redigierte Antwort gegeben haben, keine weitere Mitteilung von Seiten des Berliner Kabinetts erfolgt ist. Wenn dies der Fall sein sollte, so habe ich die Absicht, die frühere Antwort zu wiederholen und darauf hinzuweisen, daß schon jetzt außer Franzosen noch andere Ausländer in persischen Diensten stehen, z. B. Belgier, welche die ganze Zollverwaltung unter sich haben, und ich werde kategorisch in Abrede stellen, daß wir das Prinzip der offenen Tür in Persien nicht beobachten wollen. Wenn sodann die deutsche Regierung auf die übrigen Bedingungen des Vorschusses zu sprechen käme, so habe ich nichts dagegen, der deutschen Regierung deren Inhalt vertraulich mitzuteilen; ich werde dabei den politischen Charakter betonen und behaupten, daß sie den ökonomischen Interessen der übrigen Staaten in Persien keinen Schaden zufügen, welche ihrerseits nicht umhin können, die besondere Stellung und die Vorzugsrechte Rußlands und Englands in diesem Lande anzuerkennen.

Es scheint mir jedoch notwendig, zuerst ein Einvernehmen mit England zu erzielen, und ich bitte Sie deshalb, den Inhalt dieses Briefes zum Gegenstand einer Unterredung mit Sir Edward Grey zu machen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 2./15. März 1910. — Nr. 51.

Ihr Brief Nr. 171 erhalten. Der Inhalt desselben ist schon telegraphisch erörtert worden und ich will daher Greys Ansicht nur kurz zusammenfassen. Er glaubt, man müsse den Abschluß der Anleihe beschleunigen, um eine deutsche Einmischung zu verhindern. Er glaubt, daß unsere Argumente zugunsten der

Anstellung von Franzosen einer soliden Grundlage entbehren, da es sich weder um Engländer noch um Russen handelt. Grey glaubt daher, man solle auf eine derartige Bedingung verzichten. Bizot könnte seine Gehilfen in anderen Ländern, die nicht Großstaaten sind, wählen. Grey befürchtet in hohem Grade, daß die Ankunft von russischen Verstärkungen in Persien einen Eindruck hervorrufen wird, der den Abschluß der Anleihe außerordentlich erschweren könnte. Er wiederholte, er sähe keinen andern Ausweg, als unsere Kaswiner Abteilung zurückzurufen, da Teheran nicht bedroht sei. Was die Frage der Mitteilung der Bedingungen der Anleihe anbelangt, so will Grey bis morgen überlegen. Er sagte, ihm wäre es gleichgültig, wenn Deutschland diese Bedingungen erführe, aber er befürchtet, daß Deutschland diese Bedingungen auf diplomatischem Wege erfahren will, um dann andere Fragen aufzuwerfen, so z. B. die der Eisenbahnen. Die Form beunruhigt ihn mehr als die Sache selbst. Grey berichtete mir über einen Schritt des hiesigen deutschen Botschafters. Die Einzelheiten hierüber brieflich.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910. — Nr. 52.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 51. Grey hat im Prinzip keine Einwendungen dagegen, daß wir die Bedingungen der persischen Anleihe dem Berliner Kabinett vertraulich mitteilen. Aber seiner Ansicht nach wäre eine solche Mitteilung nicht ohne Gefahr. Eine derartige deutsche Anfrage würde darauf hinweisen, daß das Berliner Kabinett die Absicht hat, Einsprüche gegen die eine oder andere Bedingung zu erheben, die sie wahrscheinlich schon durch die persische Regierung kennt, und daß ein derartiger deutscher Schritt nur den Anfang einer weiteren Entwicklung bedeutet. Er hält es für sehr möglich, daß die deutsche Regierung die Frage der Eisenbahnbauten in Persien aufwerfen wird, und Grey hält gerade diese Frage im Sinne unserer Konvention für außerordentlich wichtig. Grey bittet mich, Ihnen diese Erwägungen mitzuteilen.

Brief des russischen Botschafters in London Bentsendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910.

Grey hat mir folgende Einzelheiten über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Metternich mitgeteilt. Die Sprache Metternichs war viel zögernder, als es beim Grafen Bourtales gewesen zu sein scheint. Im Auftrage seiner Regierung sprechend erklärte er zuerst, daß Persien Deutschland 10 000 Pfund Sterling schuldet, und es wäre nur billig, wenn der Vorschuß dazu verwendet würde, diese Schuld zu begleichen. Er berief sich dabei auf den Umstand, daß die englische Regierung Persien Zahlungen leiste und daß es auf diese Weise die ihr geschuldeten Summen zurückerhalte, während Deutschland über kein derartiges Mittel verfüge. Grey erwiderte, der Botschafter irre sich. England leiste keinerlei Zahlungen und sein Guthaben und selbst die Zinsen desselben würden durch die Gewährung eines Vorschusses nicht berührt, da letzterer ausschließlich dazu dienen solle, die dringendsten Bedürfnisse der persischen Verwaltung zu befriedigen; bei einer größeren Anleihe würde dies vielleicht anders sein, aber nicht heute. Sodann erwähnte Metternich den Umstand, daß die Gewährung eines Vorschusses die Anstellung von Ausländern nach sich ziehen würde, und daß in diesem Falle Deutschland auf Grund des Prinzips der offenen Tür nicht zulassen könne, daß deutsche Untertanen umgangen würden. Grey antwortete, es handele sich in Wirklichkeit nicht um neue ausländische Beamte, die es bereits in Persien gäbe, sondern man wolle Bizot einige Gehilfen geben, welche natürlich Franzosen wie er sein würden, was ganz natürlich sei. Metternich sagte, die deutsche Regierung habe gerade diese Berufung von Franzosen im Auge, da dadurch die persischen Finanzen in ausschließlich französische Hände geraten würden. Grey erwiderte, das Prinzip der offenen Tür scheine ihm aber in keinem Falle verletzt. Grey teilte mir sodann die persönlichen Erwägungen mit, die den Gegenstand meines gestrigen Telegrammes bilden. Er meint, wir sollten auf dieser Bedingung nicht länger bestehen. Würde es sich um Russen oder Engländer handeln, so ständen wir auf sicherem Boden. Die politische Lage und englisches Kapital würden uns berechtigen, dies Privileg zu beanspruchen.

Anders liegen die Dinge, wenn es sich um Franzosen handelt, eine Wahl, die die Deutschen in Wirklichkeit ausschließt, denen also nicht die gleiche Behandlung wie den Angehörigen anderer Nationalitäten zuteil wird. Grey findet unsere Argumente nicht stichhaltig. Seiner Ansicht nach kann die Lage in Teheran kritisch werden und es sei notwendig, die Anleiheverhandlungen zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Das Haupthindernis sieht er in der Anwesenheit unserer Truppen in Kaswin. Wenigstens scheint es ihm zweifelhaft, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, solange unsere Truppen dort bleiben, ohne daß ihre Anwesenheit durch die Möglichkeit von Unruhen in Kaswin oder in Teheran begründet ist. Ich bemerkte dem Minister, es würde schwer sein, diese Frage während der Verhandlungen zu berühren. Sir Edward gab dies zu, meinte aber, man könnte dies durch eine gewisse „Gewandtheit“ in Teheran erreichen: unsere gemeinsamen Interessen seien wichtiger als alles andere.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsty vom 3./16. März 1910.

Im Laufe der gestrigen vertraulichen Unterredung sagte ich Grey, Sie hielten es für möglich, daß die deutsche Regierung den Wunsch äußern würde, die Bedingungen kennenzulernen, die Rußland und England an die Gewährung einer Anleihe geknüpft hätten. Sir Edward antwortete mir einigermaßen zögernd, er habe im Grunde genommen keine Einwendungen zu machen, wolle sich aber die Sache noch überlegen, und bat mich, ihn heute wieder aufzusuchen. Er hat mir soeben erklärt, daß er im Prinzip keine Einwendungen habe, da er es für mehr als wahrscheinlich hält, daß Deutschland diese Bedingungen von den Persern bereits erfahren hat. Aber gerade diese Annahme ruft in ihm folgende Erwägungen wach. Wenn Deutschland die Bedingungen kennt, so hat es augenscheinlich den Wunsch, gegen die eine oder andere Einwendungen zu erheben, und zu diesem Zwecke muß es sie auf offiziellem Wege in Erfahrung bringen. Dies ist wahrscheinlich die deutsche Absicht, und die Bedingung, gegen die Deutschland, wie Grey glaubt, protestieren

wird, ist wahrscheinlich die Frage der Eisenbahnbauten in Persien. „Sie werden die große Wichtigkeit dieser Frage zugeben,“ sagte mir der Minister, „wir haben so große Sorgfalt auf den Abschluß unserer Konventionen verwandt, um unsere eigenen Interessen und nicht die Interessen Deutschlands zu wahren; deutsche Eisenbahnen in Persien würden die Bedeutung unserer Konvention in Frage stellen.“ Sir Edward machte keine anderen Andeutungen, aber der Sinn seiner Worte ist klar. Dies wurde mir übrigens durch Hardinge bestätigt, den ich nach Grey aufsuchte. Sir Charles sagte mir: „Ich glaube, es ist sehr gefährlich.“ Bevor ich sein Kabinett verließ, sagte Sir Edward, er müsse wiederholen, es sei dringend notwendig, die Verhandlungen in Teheran so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Seinen Informationen zufolge wären unsere Truppen, die auf Täbriz vorrückten, bereits nach Julsa zurückgekehrt. Aber Kaswin ist der gefährliche Punkt, von dem der Erfolg der Verhandlungen abhängt.

Telegramm des russischen Außenministers *Iswolshy* an den russischen Botschafter in London *Vendendorff* vom 3./16. März 1910. — Nr. 339.

Ich teile Ihnen den Text eines von Deutschland erhaltenen Memorandums mit und bitte Sie, Grey zu fragen, ob in London ein ähnlicher Schritt erfolgt ist. Unsererseits erblicken wir in der deutschen Mitteilung eher einen Versuch, uns zur Erneuerung der Verhandlungen wegen der Bagdadbahn zu bewegen, als eine ernsthafte Absicht der deutschen Regierung, in der persischen Frage zu intervenieren. Trotzdem werden wir dem Berliner Kabinett weitere Erklärungen über die Anstellung von sieben Franzosen geben müssen. Wir haben die Absicht, außer den in meinem Brief Nr. 171 angeführten Argumenten darauf hinzuweisen, daß die von uns gestellte Anleihebedingung mehr die Anzahl der europäischen Gehilfen als deren Nationalität im Auge hat, und daß die Franzosen geeigneter erscheinen, weil sie Bizots Landsleute sind. Wenn wir späterhin gezwungen sein sollten, Deutschland in diesem Punkte nachzugeben, so müßte man die Franzosen durch Belgier, Schweizer oder Untertanen eines neu-

tralen Landes ersetzen. Was die Bagdadbahn anbetrifft, so haben wir die Absicht dem Berliner Kabinett zu antworten, daß wir bereit sind über diese Frage gemeinschaftlich mit England und Frankreich zu verhandeln, daß wir uns aber auch direkten Verhandlungen mit Deutschland nicht entziehen wollen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. März 1910. — Nr. 340.

Der Wortlaut des mir von Pourtales übergebenen Memorandums: Die Zurückhaltung, die Deutschland die letzte Zeit in Persien beobachtet hat, soll nicht so ausgelegt werden, als ob die deutsche Regierung aufgehört hat, Persien als ein unabhängiges Land zu betrachten, in dem Deutschland das Recht hat, seine Interessen zu regeln, ohne andere Mächte vorher befragen zu müssen. Die russische Regierung hat seinerzeit Deutschland ein Übereinkommen über die persische Frage und die Bagdadbahn vorgeschlagen. Deutschland war bereit, in einen Meinungsaustrausch einzutreten. Jedoch seit Ende 1907 hat die russische Regierung keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit unternommen. Im Gegenteil, es hat bei mehreren Gelegenheiten gehandelt, ohne die deutschen Interessen genügend in Betracht zu ziehen. Die Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Bizots scheint eine der hauptsächlichsten Bedingungen für das Zustandekommen der Anleihe zu sein. Würde diese Bedingung angenommen, so wäre Deutschland damit aus einem der wichtigsten Teile der inneren Administration Persiens ausgeschlossen, während Frankreich zugelassen würde, was in Deutschland gewiß befremden würde. Die persische Regierung wäre ihrerseits gewiß geneigt, verschiedene deutsche Beamte anzustellen. Was die Bagdadbahn anbelangt, so scheint die russische Regierung immer noch die Ansicht zu vertreten, daß die Verhandlungen zu vieren geführt werden müssen, was Deutschland im Prinzip nicht annehmen zu können erklärt hat. Diese Haltung Rußlands scheint kaum das Wohlwollen zu zeigen, auf das Deutschland rechnen zu können glaubte, nachdem es in Persien eine so loyale Zurückhaltung gezeigt hat. Die deutsche Regierung muß bemerken, daß diese Zurückhaltung nicht so weit gehen kann,

daß es kommerziellen und finanziellen Kreisen in Deutschland überhaupt unmöglich gemacht wird, in Persien ein Betätigungsgelände zu finden. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung zu der Reise eines Vertrauensmannes der Deutschen Bank, Said Ruete, ihre Zustimmung gegeben, der sich in nächster Zeit aus Persien über Khanekin nach Bagdad begeben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 54.

Ihr Telegramm Nr. 339 erhalten. Nr. 1. Habe Grey gestern die entsprechende Mitteilung gemacht. Zwischen den Schritten Pourtales und Metternichs besteht ein großer Unterschied. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Wortlaut eines Memorandums, welches die Antwort enthält, welche Grey zu machen beabsichtigt. Auf meine Frage erklärte Grey, er glaube nicht, daß es die deutsche Absicht sei, mit uns die Bagdadbahn-Verhandlungen wieder aufzunehmen. Er meint, die ganze Angelegenheit erinnere an Marokko. Aber er hat Zutrauen zur Ruhe und zur Mäßigung Bethmann Hollwegs. Immerhin befürchtet er deutsche Absichten auf Eisenbahnen in Persien und hat mir wiederholt, er sei der Ansicht, daß in dieser Frage Rußland und England besonders festbleiben müßten. Grey benachrichtigte mich, daß die Bagdadverhandlungen zwischen englischen und deutschen Finanzleuten zu keinem Resultat geführt haben. Hinsichtlich dieser Frage enthält das Memorandum folgenden Satz: Grey hat nichts zu sagen, außer aber, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort mit der Haltung übereinstimmt, die das Londoner Kabinett Rußland und Frankreich gegenüber einnehmen wollte, als die Verhandlungen Cassel-Gwinner stattfanden. Dies will bedeuten, daß England sich vorbehielt, mit Deutschland zu verhandeln, aber nicht abzuschließen, ohne Frankreich und Rußland zu benachrichtigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 55.

Nr. 2. Inhalt des in Nr. 1 erwähnten Memorandums. Grey hält es für nützlich, sich auf die erste Antwort zu berufen, bemerkt aber, daß unsere Erklärung, wir hätten mehr die An-

zahl der Angestellten als deren Nationalität im Auge gehabt, Deutschland die Möglichkeit gäbe, die Anstellung von deutschen Beamten zu verlangen. Grey meint, man könne vielleicht dem Bedauern Ausdruck verleihen, daß die früheren Erklärungen nicht genügt haben, und hinzufügen, daß im Jahre 1909 die persische Regierung selbst sich an Frankreich gewendet hat. Sodann könnte man hinzufügen, es sei natürlich, daß Bizot Franzosen vorziehe, daß aber weder England noch Frankreich die Anstellung von Gehilfen für durchaus notwendig erachten. Was den deutschen Hinweis auf die Verletzung der deutschen Interessen und die russischen Versuche, deutsche finanzielle und kommerzielle Interessen aus Persien auszuschließen, und was endlich die Eisenbahn anbelangt, so glaubt Grey, man müsse abwarten, bis die persischen Finanzen geordnet seien, was ja die Grundbedingung der Erhaltung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit Persiens ebenso wie des Prinzipes der offenen Tür sei, und daß daher der deutsche und ausländische Handel hieraus nur Nutzen ziehen würden. Andererseits könne man aus dem Umstande, daß Deutschland die privilegierte Stellung der beiden Nachbarstaaten anerkannt habe, folgern, daß diese Staaten durch die Anarchie mehr als die anderen in Mitleidenschaft gezogen werden und daß sie deshalb Persien in Sachen der Finanzreform beistehen müssen, was ja die Grundlage der anderen Reformen sei. Grey legt dem Umstande Bedeutung bei, daß Belgier in der Zollverwaltung angestellt werden: und vielleicht würde dann Deutschland seine Einwendungen zurückziehen und die Anstellung von Angehörigen eines neutralen Landes könnte vielleicht einen guten Ausweg bieten. Grey möchte Ihre Antwort so bald wie möglich erhalten, um ihr seine Antwort an Metternich anpassen zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Swolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 56.

Nr. 3. Gardinge sagte mir gestern vertraulich, man könne vielleicht der persischen Regierung zu verstehen geben, daß man in der Frage der Anstellung der Franzosen Nachgiebigkeit zeigen werde, wobei dies auf Grund einer persischen Bitte erfolgen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 7./20. März 1910. — Nr. 57.

Da Bizot in seinem Reformprojekt vorschlägt, die Funktionen eines finanziellen Beirates abzuschaffen, sobald die drei Räte und vier französischen Gehilfen ernannt sein werden, meint Grey, man müsse seine Worte „es ist natürlich, daß Bizot Franzosen vorzieht“, folgendermaßen abändern: „da Bizot der Urheber des Projektes der Finanzreformen ist, so ist es natürlich, daß er die Ausführung dieser Reform Franzosen anvertrauen will“.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 62.

Nachdem Grey seine Mitteilung an Metternich beendet hatte, sagte ihm der Botschafter, daß das Berliner Kabinett Einwendungen gegen folgende Bedingungen erheben müsse, die den deutschen Informationen zufolge während der Anleiheverhandlungen gestellt worden wären: 1. In der russischen Sphäre würden keine Konzessionen an Ausländer, sondern nur an Russen erteilt und dieselbe Bedingung wäre für die englische Einflußsphäre aufgestellt worden. Grey will morgen antworten, daß eine derartige Bedingung nicht gestellt worden sei. 2. Die Bedingung bezüglich des Sees Armia. Grey wird antworten, daß diese Bedingung die russischen Interessen beträfe und daß er sich hierüber nicht zu äußern habe. 3. Bedingung bezüglich der Eisenbahnen in den beiden Interessensphären. Grey wird sich auf den Standpunkt der politischen Interessen der Nachbarstaaten stellen und sich auf die Unmöglichkeit berufen, ausländischen Gesellschaften Konzessionen zu gewähren, die für Rußland oder England in strategischer Hinsicht gefährlich wären. 4. Die Bedingung, welche Perser von der Erhaltung von Konzessionen ausschließt, wenn sie nicht den Beweis erbringen, daß das Kapital nicht ausländischen Ursprungs ist. Grey wird antworten, daß eine Bedingung in dieser Form nicht gestellt worden ist, daß aber Rußland und England Maßregeln ergreifen müssen, um die Erteilung von Konzessionen an Perser zu verhindern, die dieselben Nachteile wie die Erteilung von Eisenbahnkonzessionen haben würden. In einer Unterredung mit Hardinge habe

ich bemerken können, daß dieser weitere Schritt des Berliner Kabinetts hier sehr mißfallen hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 63.

Fortsetzung meines Telegramms 62. Grey schreibt mir heute abend, Metternich habe ihm erklärt, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß die Bedingungen der persischen Anleihe dem ausländischen Handel die Türe schließen und die Unabhängigkeit Persiens illusorisch machen, wobei der Botschafter die Bedingungen nicht richtig angeführt habe. Grey wird morgen antworten und teilt mir seine Absicht mit, die wirklichen Bedingungen zur Kenntnis Metternichs zu bringen. Ihren Standpunkt kennend, erhebe ich keinen Einspruch. Grey hat die Absicht, Metternich zu sagen, daß der Zweck der von uns gestellten Bedingungen nicht darin besteht, ausländisches Kapital von Eisenbahnbauten in Persien notwendigerweise auszuschließen, daß Rußland und England aber auf dieser Bedingung bestehen müßten, um der Möglichkeit des Baues einer Eisenbahnlinie vorzubeugen, die ihre Grenzen bedroht und unter ausländischer Kontrolle steht. Grey hält die Mitteilung der wirklichen Bedingungen für notwendig, um auf die Einwendungen bezüglich der Konzessionen an persische Untertanen und russischer und englischer Privilegien in den Interessensphären antworten zu können.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in London vom 9./22. März 1910. — Nr. 372.

Der deutsche Botschafter hat mir erklärt, daß den Informationen der deutschen Regierung zufolge Rußland und England anlässlich der Anleiheverhandlungen folgende Bedingungen gestellt haben: Verbot, Eisenbahnen ohne ihre Zustimmung zu bauen, Monopol der Schifffahrt auf dem See Urmiah zugunsten Rußlands, Monopol aller kommerziellen und industriellen Konzessionen zugunsten Rußlands und Englands unter Ausschluß ausländischer Unternehmungen. Wenn diese Informationen richtig sind, so hält sie die deutsche Regierung für unvereinbar mit dem Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Nationen,

welches Prinzip in der englisch-russischen Konvention anerkannt worden sei und dessen Verletzung die Unabhängigkeit Persiens bedrohe. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß diese Informationen nicht der Wirklichkeit entsprächen. Die von Rußland und England gestellten Bedingungen halten das Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Mächte aufrecht, und die beiden Staaten haben nie den Gedanken gehabt, irgend jemand von allen kommerziellen und industriellen Unternehmungen auszuschließen. Was die Eisenbahnen und andere Unternehmungen anbelangt, die eine politische Seite und für Rußland strategische Bedeutung haben können, so haben wir von jeher erklärt, nicht zugeben zu können, daß derartige Konzessionen in die Hände von Ausländern gelangen. In diesem Sinne haben wir mit Deutschland im Jahre 1907 Verhandlungen begonnen, welche dann zeitweise unterbrochen wurden und welche wir jetzt bereit sind wiederaufzunehmen. Pourtalès schien mir von diesen Erklärungen befriedigt und bestätigte mir noch einmal, daß Deutschland die besondere politische Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkenne, daß es nur die Absicht habe, die Freiheit deutscher kommerzieller Unternehmungen sicherzustellen, und daß es an keine Eisenbahnbauten in Persien denke. Ich bitte die erste Gelegenheit zu benutzen, obiges mündlich zur Kenntnis Grews zu bringen und mir seinen Eindruck mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers *Iswolsky* an den russischen Botschafter in London *Vendendorff* vom 10./23. März 1910. —
Nr. 380.

Unsere der deutschen Regierung gegebene Antwort stimmt in allgemeinen Zügen mit der englischen Antwort überein. *Nicolson* schreibt mir heute, das Londoner Kabinett habe keine Einwendungen zu machen, wenn wir *Portalès* mitteilen, daß in allen Fragen, die die anglorussische Konvention betreffen, wir es für nötig erachten, uns zuerst mit der englischen Regierung zu beraten; *Nicolson* fügte hinzu, daß wir hierbei auf die völlige Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen können. Wir werden diesen Vorschlag benutzen, wenn das Berliner Kabinett mit einer neuen Erklärung an uns herantreten sollte.

Telegramm des russischen Außenministers Tswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 11./24. März 1910. — Nr. 383.

Wir haben aus ganz geheimer Quelle erfahren, daß das persische Parlament bei Quadt angefragt hat, ob Deutschland auf Grund des persisch-deutschen Vertrages Rußland hinsichtlich der Anleihe und der Abberufung der russischen Truppen aus Persien Vorstellungen machen wird. Wir haben den Persern zu verstehen gegeben, daß der Eingriff einer dritten Macht in unsere Beziehungen zu Persien die Lage noch verschlimmern und uns veranlassen könnte, unsere Truppen nicht abzurufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Tswolsky vom 11./24. März 1910. — Nr. 65.

Ihr Telegramm 383 erhalten. Hier sind ähnliche Nachrichten erhalten worden. Gardinge ist der Ansicht, Deutschland werde sich nicht auf den deutsch-persischen Vertrag vom Jahre 1873 berufen können, da ein Eingriff nur im Falle der Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit einer andern Macht vorgesehen ist.

Telegramm des russischen Außenministers Tswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 13./26. März 1910. — Nr. 406.

Da unser Protest gegen den Abschluß einer persischen Anleihe außerhalb Rußlands und Englands ungünstig beantwortet worden ist, schlägt die englische Regierung vor, Persien alle rückständigen Forderungen aufzuzählen und zu erklären, daß wir auf die Begleichung nicht bloß dieser Forderungen, sondern auch aller anderen Vorschüsse dringen werden, wenn Persien darauf bestehen sollte, die Einnahmen des Landes als Garantie einer Anleihe einer dritten Macht zu verpfänden. Unserer Ansicht nach müssen wir eine solche Erklärung zu vermeiden suchen, da man uns beschuldigen könnte, daß wir Persien daran verhindern, sich in andern Ländern Kredit zu verschaffen, und wir haben heute dem englischen Botschafter vorgeschlagen, der persischen Regierung folgende Erklärung abzugeben: Rußland und England sind bereit, das Recht Persiens anzuerkennen, in andern

Ländern Anleihen abzuschließen, aber nur unter folgenden Bedingungen: 1. Die Zoll- und sonstigen Einnahmen, welche die russischen und englischen Anleihen garantieren, dürfen nicht verpfändet werden. 2. Alle früheren finanziellen Verpflichtungen Rußland und England gegenüber müssen zusammen mit den rückständigen Zinsen genau festgesetzt und diejenigen Einnahmequellen bezeichnet werden, die zur Abzahlung unserer rückständigen Forderungen dienen werden. 3. In der russischen und englischen Einflußsphäre dürfen andern Ausländern keine Konzessionen erteilt werden, die politische und strategische Bedeutung haben, nämlich Verkehrswege, Telegraphen, die Schifffahrt auf dem See Urmia und ähnliche.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister Iswolsky vom 10./23. März 1910.

Wenn wir darauf verzichten, Franzosen im persischen Finanzressort anzustellen, so wird dies die Zusammenarbeit des finanziellen Beirats mit den übrigen Fachleuten anderer Nationalitäten sehr erschweren. Nur die Kaiserliche Regierung ist in der Lage, ein Urteil zu fällen, ob Deutschland, nachdem es in dieser Frage sein Ziel erreicht, nicht auch andere Vorwände benutzen wird, um auf das Zusammenhalten Englands und Rußlands in Persien einen Druck auszuüben. Besteht eine solche Möglichkeit, so wäre es vielleicht besser, wenn wir jetzt auf der Ernennung der Franzosen bestehen würden. Auf alle Fälle scheint es mir, daß ein eventueller Verzicht unsererseits als eine Konzession Persien und nicht Deutschland gegenüber dargestellt werden müsse. Gleichzeitig müßten wir den Grundsatz aufstellen, daß als ausländische Beiräte und andere Beamte entweder nur Russen und Engländer oder nur die Angehörigen kleinerer Staaten angestellt werden können.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 492.

Ich telegraphiere unserm Gesandten in Teheran. Nr. 1. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Auszug aus einem Memorandum des englischen Botschafters mit Bezug auf deutsche Forderungen

in Persien. Auch wir haben den Vorschlag des Berliner Kabinetts erhalten, die Verhandlungen des Jahres 1907 wiederaufzunehmen, und der deutsche Botschafter hat uns zu verstehen gegeben, daß es außer der englischen und russischen Zone in Persien auch noch eine neutrale gäbe, die allen übrigen Staaten offen sei. Die Bedingungen Deutschlands erscheinen uns in mancher Hinsicht unannehmbar, und deshalb müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß wir auf Persien einen starken Druck auszuüben haben werden, um zu verhindern, daß Ausländern uns mißliebige Konzessionen erteilt werden. Wenn wir dies erreicht haben werden, so werden wir uns weiter mit dem Berliner Kabinett verständigen können; letzteres scheint uns natürlich wünschenswert. Wenn die endgültige Bestätigung von Konzessionen vom Regenten abhängt, so kann man ihm erklären, daß die Gewährung von Konzessionen an Ausländer ohne vorherigen Meinungsaustrausch mit Rußland und England von uns als eine feindselige Handlung betrachtet werden und für Persien die schwersten Folgen nach sich ziehen wird. Gleichzeitig beauftragen wir Bendendorff, das Londoner Kabinett zu veranlassen, in dieser Frage gemeinsam mit uns vorzugehen. Was die Zwangsmaßregeln anbelangt, die wir nötigenfalls Persien gegenüber anzuwenden hätten, so sollen dieselben in diesen Tagen Gegenstand einer besonderen Beratung bilden und werden wir uns dann über dieselben mit London verständigen müssen. Telegraphieren Sie uns dringend, welche Maßregeln Sie Ihrerseits vorschlagen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 493.

Ich telegraphiere nach Teheran sub Nr. 2. Der deutsche Reichskanzler hat dem englischen Botschafter in Berlin gegenüber die deutschen Wünsche hinsichtlich Persiens folgendermaßen formuliert. Die ganze Frage sollte einen Teil eines allgemeinen politischen Abkommens zwischen Deutschland und England bilden. Rußland und England hätten das Prinzip der offenen Tür zu bestätigen. Als Gegenwert für den deutschen Verzicht auf Eisenbahn-, Telegraphen- und andere Konzessionen in der englischen Einflusssphäre hätte England Deutschland einen angemesse-

nen Anteil an der Lieferung der Materialien usw. zu gewähren. Deutschland beansprucht bei persischen Anleihen denselben Anteil wie dritte Staaten; dasselbe bezieht sich auf die Anstellung von Ausländern. Deutschland verzichtet auf ähnliche Konzessionen in der russischen Zone; Rußland dagegen räumt Deutschland Gleichberechtigung in allen kommerziellen Fragen ein, wird seine Eisenbahnen in Nordpersien mit der Bagdadlinie vereinigen und verpflichtet sich, den internationalen Handel auf dieser Linie nicht zu hindern und die Verbindung der deutschen Linie mit Teheran zu ermöglichen. Bethmann Hollweg wies auf die Behinderung des ausländischen Handels durch das Verbot des Transitverkehrs durch den Kaukasus hin und fügte hinzu, daß, nachdem die russischen Eisenbahnen in Nordpersien fertiggestellt sind und die Weigerung aufrechterhalten würde, eine Bahn Teheran—Khanekin zu bauen, Rußland ein Monopol für den Handel in Nordpersien erhalten würde — was auch den englischen Interessen kaum entspräche.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 494.

Ich beziehe mich auf meine Telegramme nach Teheran Nr. 1 und 2. Aus der Mitteilung Bethmann Hollwegs kann man ersehen, daß Deutschland entschlossen ist, eine Stellung in Persien zu beanspruchen, welche den russischen und englischen Interessen in diesem Lande zuwiderläuft. Die Hoffnung, uns mit Deutschland zu verständigen, indem wir ihm in der Bagdadfrage Zugeständnisse machen, läßt sich augenscheinlich nicht verwirklichen. Unter diesen Umständen scheint es uns nur einen Ausweg zu geben, nämlich einen energischen Druck auf Persien auszuüben, um es zu verhindern, den Deutschen Konzessionen zu erteilen, die unsern Interessen nicht entsprechen. Rußland und England müßten also auch vor äußersten Maßregeln nicht zurückschrecken und schlagen wir vor, in die Beratung dieser Maßregeln einzutreten. Einstweilen können die Vertreter der beiden Regierungen dem persischen Regenten die in meinem Telegramm nach Teheran erwähnte Erklärung abgeben. Dies alles schließt natürlich nicht die Möglichkeit aus, zu einem annehmbaren Einvernehmen mit Berlin zu kommen, was um so leichter sein wird, je weniger